

Herr Udo Schäfer erläutert den Antrag der pro NRW-Fraktion. Er teilt mit, dass zu Anfang geplant war, diese Angelegenheit im Sinne der Anwohner direkt mit der Verwaltung zu klären. Von dort wurde die Aussage getätigt, dass eine Problemlage, die ein etwaiges Handeln erforderlich macht, nicht bekannt ist. Somit ist es nicht verwunderlich, dass in der Presse von einer Blockadehaltung der Verwaltung gesprochen wird. Zudem haben Anwohner berichtet, dass an das Ordnungsamt gerichtete Anfragen und Beschwerden nicht ernst genommen und abgewimmelt wurden. Er betont, dass die pro NRW-Fraktion so ein Verhalten nicht hinnehmen kann und appelliert an die einzelnen Fraktionsvorsitzenden und Herrn Ullmann zu der Sache explizit Stellung zu beziehen. Abschließend macht Herr Udo Schäfer noch einmal deutlich, dass die Anwohner sich stark von der derzeitigen Situation belästigt fühlen und fordert den Rat auf, über das beantragte Maßnahmenkonzept im Sinne der Bürger abzustimmen.

Der Bürgermeister betont zunächst, dass Verständnis für die Betroffenheit und Unsicherheit der dortigen Anwohner vorhanden ist. Er stellt klar, dass es sich hier um keinerlei Zuweisungen von Asylbewerbern durch die Stadt handelt, sondern Wohnverhältnisse zwischen Eigentümer und Bewohnern bestehen; eine Beteiligung der Stadt liegt nicht vor. Heute soll dargestellt werden, an welchen Stellen von der Verwaltung Maßnahmen ergriffen werden können und an welchen Stellen aber auch nicht. Bezugnehmend auf Herrn Udo Schäfers Ausführungen erklärt der Bürgermeister, dass von der Verwaltung zu keiner Zeit behauptet wurde, dass die Problemlage dort nicht bekannt ist. Vielmehr wurde die Kenntnis hierüber in einem Schreiben bestätigt. Der Bürgermeister nimmt nun anhand einer als Anlage beigefügten Power-Point-Präsentation ausführlich zu der gesamten Thematik Stellung. Er führt aus, was die Überprüfung der zahlreichen Beschwerden ergeben hat und stellt diverse Maßnahmen vor, die teilweise schon umgesetzt worden sind bzw. geplant sind. Abschließend erklärt der Bürgermeister, dass laut Aussage des Vermieters die Wohnverhältnisse zum 30.09.2013 aufgelöst werden sollen; ob dies auch wirklich eintritt muss abgewartet werden. Sollte sich die Aussage bewahrheiten sind die geplanten Maßnahmen ggfs. nicht mehr notwendig.

Zunächst bedankt sich Herr Viebach bei dem Bürgermeister für den ausführlichen Vortrag und erklärt im Namen der CDU-Fraktion, der SPD-Fraktion, der UWG-Fraktion sowie der AL-Fraktion, dass die von der Stadtverwaltung getroffenen und zum Teil bereits durchgeführten Maßnahmen begrüßt werden. Es wird erwartet, dass die Verwaltung sich weiterhin, wie auch schon in der Vergangenheit, für eine erfolgreiche Integration von zugezogenen Menschen einsetzt. Herr Viebach macht deutlich, dass hier der Vermieter in der sozialen Verantwortung ist, eine Art von Ghettoisierung zu unterbinden; die Stadt selbst kann dagegen nichts ausrichten. Aus diesem Grund werden die heutige Sondersitzung des Rates und der Antrag von pro NRW als reiner Populismus gewertet. Abschließend erklärt Herr Viebach, dass der vorliegende Antrag abgelehnt wird.

Herr Schröder bedankt sich ebenso beim Bürgermeister und erklärt, dass auch die FDP-Fraktion die Maßnahmen für gut befindet. Er teilt mit, dass die FDP-Fraktion dem Antrag der pro NRW-Fraktion ebenfalls nicht zustimmen wird. Nach dem Gesetz ist den EU-Bürgern gestattet hier zu leben; der Rat hat nicht das Recht dies zu verbieten bzw. einzuschränken. Er betont, dass weiterhin die Bemühung um Integration erforderlich ist und diese auch von der Anpassung und Toleranz aller Beteiligten abhängig ist.

Herr Udo Schäfer begrüßt die Maßnahmen gleichermaßen, bezweifelt aber, dass ohne Vorliegen des Antrags von pro NRW diese Maßnahmen ergriffen worden wären.

Herr Ullmann begrüßt ebenfalls die bisherigen und geplanten Maßnahmen um eine entsprechende Verbesserung der Situation zu erreichen. Er sieht aber noch ein weiteres großes Problem, nämlich den Einfluss von pro NRW auf die gesamte Stadt. Den Antrag der pro NRW-Fraktion befindet er als Volksverhetzung und eindeutigen Rassismus gegen die Migranten.

Es folgt nun die Abstimmung über den Antrag der pro NRW-Fraktion.